

# Neue Regierung – neues Bildungsglück?

## Enttäuschende Bilanz

*Vier Jahre SPD Bildungspolitik in Hamburg haben nicht dazu geführt, dass die großen Bildungsbaustellen Inklusion, Ganztag, Kitabetreuung und Hochschulgesetz zur Zufriedenheit der Beteiligten und Betroffenen beseitigt wurden. Dennoch darf die SPD – mit einem grünen Koalitionspartner – weiterregieren. Im Folgenden wird ein Blick geworfen auf die Forderungen der GEW im Bürgerschaftswahlkampf, das Wahlergebnis und die Koalitionsverhandlungen sowie auf die Koalitionsvereinbarung, die von SPD und Grünen getroffen wurde. Neues Bildungsglück verspricht diese nicht.*

Die GEW hat aktiv in den Bürgerschaftswahlkampf eingegriffen und ihre Positionen vertreten. Hierfür wurden „Leitlinien für eine gute Bildungspolitik in Hamburg“ erstellt, diskutiert und auf dem Gewerkschaftstag im Herbst 2014 verabschiedet, in denen die vielen Einzelthemen, mit denen wir befasst sind, gebündelt dargestellt werden. Diese Leitlinien umfassen Forderungen zur Bildungsfinanzierung, zur Schulstruktur, zur Lehrer\_innenbildung, zu den schulischen Themen Inklusion, Ganztag, Lehrer\_innen-Arbeitszeit sowie zu den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe und Hochschule und Forschung. Um diese Forderungen publik zu machen, hat die GEW eine aktive Bündnispolitik betrieben, Veranstaltungen mit den schulpolitischen und den wissenschaftspolitischen Sprecher\_innen der Bürgerschafts-

parteien organisiert und über weitere Aktivitäten in den Wahlkampf interveniert.

### **GEW zur Wahl: Leitlinien, Veranstaltungen und Demonstrationen**

In den Mittelpunkt stellen wir unsere Forderungen zur schulischen Inklusion. Die finanzielle Ausstattung der schulischen Inklusion muss spürbar verbessert werden. Dies ist das wichtigste derzeitige Schulreformprojekt. Mindestens muss die (von der BSB ermittelte) Bemessungszahl für die systemische Lehrer\_innenzuweisung für alle Jahrgänge von den Vorschulklassen bis Jahrgang 10 von 4 auf 6,6 Prozent der jeweiligen Jahrgangsschüler\_innenzahl erhöht werden. Ein weiterer Punkt ist die Lehrer\_innen-Arbeitszeit. Einhellig hörten wir von den Fachsprecher\_innen der Fraktionen der letzten Bürgerschaft, dass die LAZ-VO überarbeitet und angepasst werden muss, weil sie zusätzlichen und neuen Aufgaben an den Schulen kaum Rechnung trägt. Diese Aufgaben (z.B. aus den bildungspolitisch sinnvollen Reformprojekten Inklusion und Ganztag) erhöhen den Kooperations- und Koordinationsaufwand der Lehrkräfte immens. Ebenfalls zentral waren unsere Forderungen zum Personalschlüssel in den Kindertagesstätten: Der muss in den Krippen wesentlich schneller als bisher geplant auf 1:4 angehoben und andererseits zeitgleich auch im Elementarbereich auf mindestens 1:10 erhöht

werden.

Am 3. Februar hatte die GEW die schulpolitischen Sprecher\_innen der Bürgerschaftsfraktionen eingeladen. Es galt, mit Stefanie von Berg (GRÜNE), Katja Steffens (CDU), Dora Heyenn (Linke), Lars Holster (SPD) und Daniel Oetzel (FDP) nicht nur ins Gespräch zu kommen, sondern zu prüfen, bei welchen Forderungen wir mit Unterstützung rechnen können. Lars Holster konnte sich unserer Forderung nach 550 Stellen für eine gelingende Inklusion nicht anschließen, sondern vertrat die Haltung des Schulsenators, dass die 60 weiteren Stellen ausreichen müssen. Stefanie von Berg wies auf den „Inklusionsfonds“ hin, der ca. 250 weitere Stellen möglich mache. Dora Heyenn konnte sich unserer Forderung anschließen und machte noch einmal deutlich, dass gute Schule nicht zum Nulltarif zu haben ist und angesichts einer so starken sozialen Spaltung in der Stadt die Schule besondere Aufgaben zu leisten hat. Außerdem haben alle die Belastung der Kolleg\_innen an den Schulen gesehen und eine Änderung der Arbeitszeitbemessung aufgrund der vielen neuen Aufgaben in Aussicht gestellt.

Zum Thema Inklusion organisierte das Hamburger Bündnis für Inklusion eine Demonstration. Bei Regenwetter demonstrierten am 26. Januar gut 2000 Menschen mit vielen fantasievollen Transparenten und kämpferischen Parolen für eine bessere Ausstattung bei der schulischen Inklusion vom



Dammtor zum Rathausmarkt. Neben den gut 5000 Unterschriften, die die GEW während der letzten Monate unter den schulischen Lehrkräften zum Thema „Inklusion braucht mehr“ gesammelt hat und die am 12. Januar der Behörde übergeben wurden, war diese Demonstration ein weiteres Zeichen dafür, dass die Politik hier nachlegen muss.

### Wahlprogramme SPD und Grüne: Unterschiede im Detail

Die Wahlprogramme der SPD und der Grünen in Hamburg unterschieden sich nicht nur in ihren bildungspolitischen Abschnitten nur im Detail. In Bezug auf das Kita-Personal gibt es Unterschiede nur im Zeitplan: Die SPD will das Erziehungspersonal aufstocken. Die Grünen wollen dies auch, aber sehr viel schneller. Die Grünen fordern die Einstellung von 700 zusätzlichen Erzieher\_innen, was langfristig etwa 30 Millionen Euro im Jahr kosten würde. Außerdem

setzen sie sich für mehr Personal an den Schulen ein, um die Inklusion bewältigen zu können. Dafür wollen sie einen mit 15 Millionen Euro gefüllten „Inklusionsfonds“ einrichten. In Bezug auf die Hochschulpolitik wollen die Grünen die BAföG-Entlastung des Bundes in Höhe von 30 Millionen Euro in die Hochschulen stecken und nicht, wie von der SPD vorgesehen, im Haushalt versickern lassen. Die SPD lehnt das ab. Ein Politikwechsel war somit nicht zu erwarten.

### Wahlergebnis: CDU bricht ein, Rechts- populisten ziehen ein

Während die CDU bei den Wahlen eine deutliche Niederlage einstecken muss, freuten sich SPD, Grüne, Linke, FDP und AfD über ihre Wahlergebnisse. Nach vier Jahren SPD-Alleinregierung wird künftig eine Koalition den Senat stellen. In der neuen Bürgerschaft werden sechs Fraktionen vertreten sein: Die SPD mit 58 Abgeordneten (45,7 Prozent der Stim-

men), die CDU mit 20 (15,9 Prozent), die Grünen mit 15 (12,2 Prozent), die Linke mit 11 (8,5 Prozent), die FDP mit neun (7,4 Prozent) und die AfD mit acht (6,1 Prozent) Sitzen. Letztere zieht damit nach Wahlerfolgen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen erstmals in ein westdeutsches Landesparlament ein. Grüne, Linke und FDP konnten im Vergleich zur Wahl 2011 leicht dazu gewinnen. Die CDU, die schon vor vier Jahren einen Einbruch um 20,7 Prozentpunkte hatte hinnehmen müssen, verlor weitere sechs Prozentpunkte. Die SPD erreichte zwar knapp drei Prozentpunkte weniger als 2011, ist mit 45,7 Prozent der Stimmen aber dennoch eindeutige Wahlgewinnerin.

Erschreckend ist die abermals gesunkene Wahlbeteiligung – sie sank von 57,3 Prozent 2011 auf 56,6 Prozent und war damit so niedrig wie noch nie seit 1949 – verbunden mit einer zunehmenden sozialen Spaltung. In ärmeren Stadtteilen stimmen weniger Menschen ab als in wohlhabenden Vierteln. In manchen Stimmbezirken lag sie unter 20 Prozent. Deswegen brauchen wir in dieser Stadt vor allem die finanziellen Mittel, um zum Beispiel einer größer werdenden Kinder- und Altersarmut und der immer stärker werdenden sozialen Spaltung engagiert entgegenzutreten. Zur neu eingezogenen AfD ist zu sagen, dass wir keinerlei Positionen mit ihnen teilen. Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit lehnen wir deutlich ab. Problematisch bleibt zudem die Verstrickung von Teilen der Partei in Kreise am ganz rechten Rand.



Foto: hlz

### 1. Mai, am Kampftag der Arbeiterklasse: Koalitionäre nur peripher aneinander interessiert



## **Koalitionsverhandlungen: An Sparpolitik wird nicht gerüttelt**

Das Wahlergebnis führte dazu, dass die SPD einen Koalitionspartner braucht und wie bereits im Wahlkampf angekündigt, begannen direkt nach der Wahl die rot-grünen Koalitionsverhandlungen. Bereits zu Beginn der Verhandlungen, beim Thema Finanzen, wurde nicht gestritten, sondern Einigkeit demonstriert und gemeinsam festgestellt, dass die Schuldenbremse gelte und die Grünen lediglich die Prioritäten anders setzen wollten. Das aber müsse in den noch ausstehenden Ressortverhandlungen erfolgen.

Angesichts der fortgesetzten Sparpolitik wurden auch bei den Verhandlungen über die Schulpolitik nur vage Versprechungen gemacht. Im Wahlkampf haben sich die Grünen für mehr Personal an den Schulen ausgesprochen, um die Inklusion bewältigen zu können. Dafür wollen sie einen mit 15 Millionen Euro gefüllten „Inklusionsfonds“ einrichten. Aus den Koalitionsverhandlungen wurde berichtet, dass es durchaus mehr Stellen für die Inklusion geben soll, jedoch offen gelassen, was das konkret heißt.

Beim Personal gab es in Bezug auf die Bildungsressorts ein wenig Wechsel: Während Herr Scheele in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) weiterhin für die Kindertagesstätten zuständig ist und Herr Rabe Senator für Schule und Berufsbildung (BSB) bleibt, wird nun eine Grüne Senatorin für Wissenschaft und Forschung (BWF): Die Grünen-Vorsitzende Katharina Fegebank löst die durchaus unglücklich agierende Frau Stapelfeldt ab, die Senato-

rin für Stadtentwicklung wird. Zudem wird das Ressort um den Bereich Gleichstellung erweitert. Katharina Fegebank ist seit 2008 Vorsitzende der Grünen Hamburg und sitzt seit 2011 in der Bürgerschaft. Neben dem Senatsposten wird sie zudem neue stellvertretende Bürgermeisterin. Wissenschaftspolitisch trat sie bisher nicht in Erscheinung, war allerdings von 2007 bis 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Präsidium der Leuphana Universität Lüneburg. Wir wünschen ihr wie auch ihren Kolleg\_innen im Senat gutes Agieren und eine gelungene Amtszeit!

## **Der rot-grüne Koalitionsvertrag: Bessere Bildungspolitik wird ausgebremst**

Am 7. April wurde der Koalitionsvertrag mit dem Titel „Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg“ vorgestellt und in den Tagen danach auf Parteitag der SPD und der Grünen beschlossen, so dass Olaf Scholz am 15. April für fünf Jahre zum Bürgermeister gewählt wurde. Finanzpolitisch wurde vereinbart, den Kurs der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen sowie keine Steuern zu erhöhen.

Zudem verpflichtet sich der Senat, die Schuldenbremse umzusetzen, ohne – wie es heißt – „wichtige Aufgaben in der Bildung, Wissenschaft, sozialer Stadtentwicklung und umweltgerechter Lebensqualität zu vernachlässigen“. Gleichzeitig wird angekündigt, dass der Senat das Ziel verfolgt, den Personalbestand um jährlich 250 Vollzeitkräfte zu reduzieren. Dies bezieht „sich nicht nur auf die Kernverwaltung, sondern auch auf die von der Verwaltung zu steuernden Bereiche wie

Schulen, Hochschulen, KiTas, Hamburg Port Authority (HPA) etc.“ Wie eine Stellenkürzung ohne Verringerung der Aufgaben funktionieren soll, wird offen gelassen, da die Antwort wohl allein Mehrarbeit heißen kann. So wird eine bessere Bildungspolitik ausgebremst.

## **Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten: Ein Schritt in die richtige Richtung**

Ein Schritt in die richtige Richtung stellt die Ankündigung des Vertrags dar, den Personalschlüssel im Krippenbereich schneller als geplant zu verbessern. Die „Eckpunktevereinbarung zu Qualitätsverbesserungen in Krippe und Kita“ wird so angepasst, dass bereits ab August 2016 die Personalwochenstunden für das Erziehungspersonal bei allen Leistungsarten im Krippenbereich für die Kinder im Alter von 25 bis 36 Monaten um 10 Prozent angehoben werden. Zum 1. August 2019 soll im Krippenbereich ein rechnerischer Personalschlüssel von 1 zu 4 erreicht sein. Zudem bekennen sich Koalitionspartner zu dem Ziel, „bis spätestens zum Doppelhaushalt 2025/2026 eine reale Fachkraft-Kind-Relation von 1 zu 4 im Krippenbereich und von 1 zu 10 im Elementarbereich zu erreichen.“ Ein durchschlagender Erfolg sieht anders aus. Wir hatten im Bündnis mit dem Kitanetzwerk 25 Prozent mehr Personal in Krippe und Elementarbereich gefordert, um die Ausfallzeiten von 17,45 Prozent aufzufangen und in Höhe von 7,55 Prozent die Personalstundenerhöhung, damit notwendige Vor- und Nachbereitungsarbeiten nicht mehr in der Freizeit der Erzieher\_innen erledigt werden müssen. Und dennoch: Ohne den öffentlichen



Druck durch die Beschäftigten und die Eltern sowie die Kita-Träger hätte der Senat weiter gemauert, nun aber verpflichtet er sich zu Verbesserungen. Jetzt muss man sehen, was wirklich ankommt und ob es Entlastungen für die Beschäftigten gibt. Wir haben allerdings Bedenken, unseren Kolleg\_innen weitere Jahre der nur schrittweise umgesetzten Verbesserungen zuzumuten. Die Entlastung für die Kolleg\_innen ist jetzt nötig, nicht in vielen Jahren.

Ein im Koalitionsvertrag ausgeblendetes Problem ist, dass nur ein Bruchteil der Flüchtlingskinder eine Kindertagesstätte besucht. Laut Auskunft der Sozialbehörde leben aktuell 1.534 Kinder im Alter unter sieben Jahren in öffentlichen Unterkünften. Zugleich besuchten laut einer Senatsauskunft Mitte 2013 nur 197 dieser Kinder eine Kita. Eine Lösung wäre, den Eltern unbürokratisch einen „Willkommens-Gutschein“ für die Kita zu geben.

## **Schulische Inklusion: Keine zusätzlichen Ressourcen, aber noch mehr Testereien**

Das Thema schulische Inklusion wird von den Koalitionspartnern zur gemeinsamen Priorität erklärt. Es heißt: „Wir werden mit einem umfassenden Konzept die Förderung von Kindern mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache oder soziale und emotionale Entwicklung verbessern. Dazu werden wir die Ressourcen deutlich verstärken. Beginnend mit dem Schuljahr 2015/16 werden wir aufwachsend bis einschließlich zum Schuljahr 2019/20 insgesamt 120 zusätzliche Vollzeitstellen für die Inklusion zur Verfügung stellen.“ Somit wird im Koalitionsvertrag zwar verbal

ein Bekenntnis zur inklusiven Schule abgelegt, aber die längst durch Gutachten und weitere Diagnostikrunden verifizierten sonderpädagogischen Förderbedarfe in den Bereichen Lernen, Sprache oder soziale und emotionale Entwicklung werden nur unzureichend zur Verfügung gestellt.

Statt der – auch nach den letzten Erhebungen der BSB – 350 Stellen für die Jahrgänge 0 – 10 sollen bis zum Jahr 2020 nur 120 Stellen dazu kommen. Außerdem ist zu befürchten, dass diese Stellen an anderer Stelle eingespart werden, denn von einem Nachtragshaushalt ist im Koalitionsvertrag nicht die Rede. Es bedarf ausreichender Stellen und nicht weiterer Testerei und Prüferi, um den notwendigen Bedarf nach unten zu drücken! Eine solche Testeritis ist zu befürchten, denn weiter heißt es im Vertrag: „Das bisher pauschal zugewiesene Personal für förderbedürftige Kinder an den Stadtteilschulen soll künftig auf der Grundlage einer verbesserten Diagnostik passgenauer, also bezogen auf die tatsächliche Zahl der sonderpädagogisch förderbedürftigen Kinder, zugewiesen werden.“ Ein Feststellungs- und Zuschreibungsverfahren, das mit einem 11seitigen Vorklärbogen, der durchschnittlich 5 Stunden und weitere 1 – 2 Konferenzen pro Schüler\_in enormen Mehraufwand nach sich zog und wiederum im Januar den Bedarf an sonderpädagogischer Förderung bestätigte, soll nun jedes Jahr in den Klassen 3 und 4 durchgeführt werden. Statt entsprechendes Personal den Schulen zuzuweisen, will der Senator wieder und wieder prüfen und diagnostizieren lassen.

Die GEW lehnt dieses Verfah-

ren ab. Es ist ein Mehraufwand für die Kolleginnen und Kollegen, der das einzelne Kind nicht einen Schritt weiter bringt. Wir befürchten, dass weder Eltern noch Kinder und auch nicht die Kolleginnen und Kollegen dies auf Dauer mitmachen werden und damit dem Senator in die Hände spielen, der diese Jahrhundertreform zum Nulltarif haben will. Statt dieser sinnlosen Testerei fordern wir eine personelle Ausstattung der Schulen, die sich an dem erfolgreichen Modell der Integrationsklassen orientiert. Inklusion braucht mehr: Nämlich 550 Stellen in Hamburg! Daran hat sich auch nach der Wahl nichts verändert.

## **Ganztag: Worte statt Taten**

Beim Thema schulischer Ganztag verliert sich der Koalitionsvertrag in schönen Worten und der Ankündigung, durch ein schuleigenes Qualitätsmanagement die vorhandenen Defizite anzugehen. Wie die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei den schulisch Beschäftigten und den Erzieher\_innen, die durch den Wegfall der Hortbetreuung nun die Nachmittagsbetreuung der Schüler\_innen an den 125 Grundschulen übernommen haben, durch Management verbessert werden soll, bleibt offen. Vor diesem Hintergrund verfolgen wir die Gründung der Volksinitiative „Guter Ganztag“ mit Sympathie.

## **Hochschule: Fehlentwicklungen im Studium aufarbeiten, Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen fortführen**

Wie im schulischen Bereich so sind auch im Ressort Wissenschaft und Forschung keine umwälzenden Neuerungen zu erwarten. Wie im Koalitionsvertrag von Rot-Grün nachzu-



lesen ist, wird es im Ressort Wissenschaft und Forschung in den nächsten fünf Jahren darum gehen, Fehlentwicklungen im Studium aufzuarbeiten und die begonnene Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen fortzuführen. Bedauerlich ist, dass trotz eines Bekenntnisses der Koalition zur Wissenschaft der Etat in den folgenden Jahren eher schrumpfen wird. Zudem soll es dabei bleiben, dass von den beim BAföG aufgrund von Bundeszusagen im Landeshaushalt eingesparten Mitteln nichts in den Hochschulen ankommt.

Die in der Presse kolportierten 40 Millionen Euro zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich Wissenschaft sind nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Über fünf Jahre verteilt bedeuten sie 8 Mio. pro Jahr und somit nicht einmal eine Million pro Hochschule. Die jährliche Steigerung von 0,88 Prozent des Gesamtvolumens von 642 Mio. Euro bleibt bestehen. Immerhin wird im Vertrag festgehalten, dass, wenn die Tarifabschlüsse deutlich über dieser Rate liegen, der Senat im Dialog mit den Hochschulen bewerten will, ob eine Revision erforderlich ist. Ohne eine solche Nachsteuerung schrumpft der Etat weiterhin.

Zum Thema gute Arbeit in der Wissenschaft heißt es im Vertrag, dass die weitere Umsetzung des Code of Conduct gemeinsam mit den Hochschulen und Gewerkschaften bewegt wird. Die GEW nimmt dies erfreut zur Kenntnis und erwartet, dass die mit den Hochschulen vereinbarten Evaluationen sowie die angekündigten Treffen zur Nachsteuerung zeitnah stattfinden. Nur wenn die Politik mithilft, die in Hamburg vorbildlich definierten Standards auch bei den Hochschullei-

tungen einzufordern, wird es zu effektiven und nachhaltigen Verbesserungen kommen. Während im Bereich Arbeitsbedingungen die neue Senatorin durchaus an gute Entwicklungen anknüpfen kann, müssen im Bereich Studium Fehlentwicklungen dringend nachbearbeitet werden.

Ein von der ehemaligen Senatorin auf den Weg gebrachtes Gesetz zur Kapazität der Hochschulen war handwerklich so schlecht gemacht, dass es bereits in erster Instanz gerichtlich gekippt wurde, nachdem angehende Studierende dagegen geklagt hatten. Erfreulich ist die Ankündigung der neuen Koalition, schnellstmöglich ein Interimsgesetz zu erlassen, das das alte Kapazitätsgesetz für einen befristeten Zeitraum wieder zur Geltung bringen soll. Die GEW erwartet, dass in Zukunft die Hochschulzulassung so geregelt wird, dass es nicht in erster Linie Studierende sind, die die Unzulänglichkeiten der Gesetzgebung ausbaden müssen. Auch für die Beschäftigten der Hochschulen bedeutet die unvorbereitet zu verkraftende z. T. erheblich erhöhte Studierendenzahl eine Belastung, die gerne getragen worden wäre, hätte man Zeit gehabt, sich darauf vorzubereiten und wären die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt worden.

Zu Hoffnung Anlass gibt die Ankündigung, einstufige grundständige Masterstudiengänge in den Lehrämtern zu konzipieren und im Wege einer gesetzlichen Experimentierklausel einzuführen. Dies ist der richtige und von Seiten der GEW lange geforderte Schritt, um zu verhindern, dass – wie in den letzten Jahren regelmäßig – Lehramts-Bachelorstudierende nicht weiterstudieren konnten.

## Fazit und Ausblick – Forderungen der GEW

Das Bildungswesen in Hamburg wird auch weiterhin durch eine deutliche Unterfinanzierung gekennzeichnet sein, so das Ergebnis der rot-grünen Koalitionsverhandlungen. Somit wird die Stadt Hamburg bei den bildungspolitischen Reformprojekten wie der Inklusion oder dem schulischen Ganztag weiterhin finanziell komplett überfordert sein. Demgegenüber stellt die GEW fest, dass die Schuldenbremse keine Bildungsbremse sein darf. Zudem kann die Einnahmeseite auch ohne Neuverschuldung durch verschiedene Maßnahmen verbessert werden, z.B. durch einen Ausbau der Abteilungen für Steuerprüfungen oder auch eine Bundesratsinitiative, um eine stärkere Besteuerung von Vermögenden zu erreichen.

Die GEW hat von den Grünen erwartet, dass sie ihre im Wahlkampf erhobenen Forderungen in den Koalitionsverhandlungen auch durchsetzen. Die finanzielle Ausstattung der schulischen Inklusion muss spürbar verbessert werden. Dies ist das wichtigste derzeitige Schulreformprojekt. Mindestens muss die Bemessungszahl für die systemische Lehrer\_innenzuweisung für alle Jahrgänge von den Vorschulklassen bis Jahrgang 10 von 4 auf 6,6 Prozent der jeweiligen Jahrgangsschüler\_innenzahl erhöht werden. Das bedeutet etwa 300 neue Stellen.

FREDRIK DEHNERDT  
stellvertretender Vorsitzender  
GEW Hamburg

## Innere und äußere Leistungsdifferenzierung - empirische Erkenntnisse und schulische Konzepte

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

**Montag, 8.6.2015, 19.00 Uhr**

**Ida Ehre Schule, Aula**

Bogenstraße 36, 21044 Hamburg

Referent:

**Ulrich Vieluf**

Staatsrat a. D., Bildungsforscher, Hamburg

Lernen ist ein individueller Prozess. Dieser wird in Hamburger Stadtteilschulen auf unterschiedlichen Wegen gestaltet. Dazu gehört auch die Entscheidung, mit äußerer oder innerer Leistungsdifferenzierung zu arbeiten. Für beide Wege gibt es in Hamburger Schulen gute Beispiele.

Ulrich Vieluf, Leiter der Hamburger KESS-Schulleistungsstudie, begleitet als Bildungsforscher auch seit vier Jahren die Berliner Gemeinschaftsschulen. In der Veranstaltung wird er über ausgewählte Hamburger und Berliner Befunde zur Frage der äußeren und inneren Differenzierung berichten. Im Anschluss an seinen ca. einstündigen Vortrag wird es eine Diskussionsrunde mit Hamburger Gesprächspartnern und Experten der inneren und äußeren Leistungsdifferenzierung geben: **Barbara Kreuzer**, Stadtteilschule Helmut-Hübener und **Michael Knobloch**, Goethe-Schule-Harburg.  
Moderation: **Gabriele Kandzora**, Abteilungsleiterin Ausbildung des LI.

Im Anschluss an die Veranstaltung gibt es – wie immer - die Gelegenheit zum geselligen Austausch bei Getränken und Brezeln.

Wir laden alle interessierten Pädagoginnen und Pädagogen, Schulleitungen, Eltern und Schülervertreter, Vertreter des LI, der BSB und der Verbände ganz herzlich zu dieser Veranstaltung ein.

Anna Ammonn, Vorsitzende der GGG

Konto: GGG-LV HH, Kto-Nr. 150 376 895 BLZ: 28 55 0000, Sparkasse Leer-Wittmund  
Kontakt: Anna Ammonn, Tel: 04104 – 69 44 79

Die GEW Hamburg veranstaltet am Di., 6.10.2015 im Curio-Haus eine Informationsveranstaltung zum Auslandsschuldienst. Eine ausführliche Einladung folgt nach den Sommerferien. Bei individuellen Fragen zum Auslandsschuldienst können sich Kolleginnen und Kollegen an den AGAL-Vertreter Hamburgs, Wilfried Auel, wenden. email:agal@gew-hamburg.de



STEFAN ROMEY

# Fremdschämen

Je mehr man sich mit jemandem emotional identifiziert, umso größer ist der Peinlichkeitsfall

Hamburg wird in den nächsten fünf Jahren von einer rot-grünen Koalition regiert.

Der Koalitionsvertrag „Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg“ wurde von der Landesmitgliederversammlung der Grünen und dem Parteitag der SPD mit großer Mehrheit beschlossen. Die SPD fasste bei den Koalitionsverhandlungen das Wahlprogramm der Hamburger Grünen, „Mit Grün geht das“, offensichtlich wörtlich auf. Sie setzte sich – ohne große Gegenwehr – in allen Bereichen, so bei der Elbvertiefung, bei der Beibehaltung der bisherigen Flüchtlingspolitik, bei der Ablehnung von Stadtbahn und Umweltzone ebenso wie bei der Fortführung ihrer bisherigen Bildungspolitik, durch. Die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Stefanie von Berg, sagte frustriert: „Im Bereich Schulpolitik sind wir nicht nur nicht Sättigungsbeilage, wir sind noch nicht mal Salatbeilage. Wir sind wirklich das Petersilienbegleitgrün...“.

Bei dem Verlust eigener Zielvorstellungen tröstete die Grünen nicht nur in Bezug auf die mitgetragene Hamburger Olympiabewerbung, sondern vor allem mit Blick auf die Se-

natsbank das oft zitierte Motto: „Dabei sein ist alles“. Katharina Fegebank: „Natürlich ist das ein sympathischer Gedanke, vielleicht bald Senatorin zu sein“.



Eben nur Zippel

Der Untergang der eigenen Ideen war symbolisch bereits zum Wahlkampfstart der Grünen erkennbar. Bei einer stürmischen Barkassenfahrt Anfang Februar setzten sich am Bug des Schiffes die derzeitigen politischen Hauptdarsteller der Grünen, Katharina Fegebank und Jens Kerstan, wie vor 20 Jahren die Schauspieler Kate Winslet und Leonardo DiCaprio zu den Klängen von Céline Dions Lied „My heart will go on“ hollywoodmäßig in Szene. Zwar entstand kein Spielfilmdrama, sondern nur ein

Beitrag für das Regionalfernsehen von SAT 1, aber mit ungewolltem Tiefgang. Genauso wenig wie die Titanic ein unsinkbares Schiff war, genauso wenig sind die Grünen eine an sich fortschrittliche Partei. Sie müssten in Hamburg tatsächlich und nicht nur rhetorisch deutlich machen, wo grün den Unterschied zur zuvor alleinregierenden SPD macht. Richtschnur kann dabei wohl kaum der Refrain aus Céline Dions o.g. Lied sein: „That is how I know you – go on“.

Manch einem mag das spätpubertäre Gehabe von Katharina Fegebank und Jens Kerstan an Bord der Hamburger Barkasse peinlich gewesen sein, ging und geht es doch um ernsthafte politische Anliegen wie Bildung. Da schaut man lieber weg oder switcht auf ein anderes Programm. Vielleicht klingt die Schamesröte oder das verstärkte Herzklopfen schneller ab, wenn man seine bisherige Wahrnehmung grüner Politik und grüner Politiker(innen) hinterfragt. Fremdschämen – so sagt die Wissenschaft – kann nur dann auftreten, wenn eine Art von Identifikation stattfindet. Je mehr man sich mit jemandem emotional identifiziert, umso größer ist im Peinlichkeitsfall die empfundene Fremdscham. Das hieße ja umgekehrt, je weniger Gemeinsamkeiten umso geringer die empfundene Scham.

Katharina Fegebank sagte bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages, dass „das Beste aus beiden Parteien“ genutzt worden



sei. Schauen wir uns das Beste einmal am Beispiel »schulische Inklusion« an:

Auf den ersten Blick verspricht der ausgehandelte Koalitionsvertrag hier – wie zuvor von den Grünen eingefordert – personelle Verbesserungen: „Die Koalitionspartner erklären die Inklusion zu ihrer gemeinsamen Priorität. Wir werden mit einem umfassenden Konzept die Förderung von Kindern mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache oder soziale und emotionale Entwicklung verbessern. Dazu werden wir die Ressourcen deutlich verstärken. Beginnend mit dem Schuljahr 2015/16 werden wir aufwachsend bis einschließlich zum Schuljahr 2019/20 insgesamt 120 zusätzliche Vollzeitstellen für die Inklusion zur Verfügung stellen“ (S.83 Koalitionsvertrag). Haben sich die Grünen mit ihrer im Wahlkampf geäußerten Forderung nach genügend und ausreichend qualifiziertem Personal für inklusive Bildung durchgesetzt? Sie sagten vor der Regierungsbildung, „dass die inklusive Beschulung, so wie vom SPD-Senat geplant, nicht umsetzbar ist“. Aber wie verträgt sich die Aussage zur schulischen Inklusion mit den grundsätzlichen Aussagen zur Finanzierung so genannter prioritärer Maßnahmen (S.13 Koalitionsvertrag)? Im Kapitel „Finanzen“ wird Bildung keineswegs als eine „prioritäre Maßnahme“ bezeichnet, die es – wenn auch mit geringen Mitteln aus möglichen Steuermehreinnahmen - extra zu finanzieren gelte. Lediglich wenn es um die Fremdfinanzierung durch Bundesmittel geht, finden Schulen hier eine bescheidene Erwäh-

nung (so bei der energetischen Sanierung von Schulgebäuden). Ties Rabe wiegelt im Abendblatt-Interview am 5.5.2015 bei der Finanzierung der genannten „zusätzlichen“ Stellen für Inklusion ab: „Wir werden sicherlich noch etwas Rückenwind aus der Finanzbehörde bekommen“. Um die Frage, ob es denn wirklich zusätzliche Stellen für Inklusion geben solle, mogelt er sich mit dem Hinweis „Alle Behörden müssen weiter sparen“ herum, aber es würde schon noch Stel-

---

*Managementmethoden wie Kostenstabilisierung, Effektivierung, Standardisierung, Benchmarking, Controlling, Einführung von Key Performance Indicators kennzeichnen die Senatspolitik auch im Bereich Bildung*

---

len geben, wobei zusätzlich bei ihm nicht wie obendrauf klingt. Eine entsprechende Nachfrage der CDU-Abgeordneten Prien in der neu gebildeten Hamburger Bürgerschaft (Drucksache 21/246) wird entsprechend nebulös beantwortet: „Der Koalitionsvertrag...wird von dem am 15. April 2015 ...bestätigten Senat in Regierungshandeln umgesetzt. Insoweit sind die Planungen der zuständigen Behörde noch nicht abgeschlossen“. Die Schulbehörde wird hier nicht konkreter. Die Grundsatzaussage des Koalitionsvertrages bleibt bestehen: „Alle anderen Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag vereinbart sind (das heißt auch die 120 Stellen Inklusion, A.d.V.), sind von den jeweiligen Behörden eigenverantwortlich im Rahmen ihrer jeweiligen Einzeletats zu finanzieren“. Vor allem durch die Beendigung bis-

heriger Integrationsmaßnahmen (Integrationsklassen, Integrative Regelklassen, Integrative Förderzentren) erhofft sich Senator Rabe die Gegenfinanzierung dieses „Wahlversprechens“ im Sinne eines Nullsummenspiels. Aber selbst mit dieser Maßnahme wird der rechnerische Bedarf der Stadtteilschulen, der seit Beginn der Inklusion besteht, nicht gedeckt werden. Es bleibt eine strukturelle Unterversorgung gerade bei den Stadtteilschulen. Dieser soll durch eine veränderte Diagnostik »ausgeglichen« werden. Die Grünen hoffen zudem auf weitere Schließungen von Sonderschulen.

Es geht wie in den anderen Ressorts so auch im Bereich Bildung um Haushaltskonsolidierung im Rahmen der stets zitierten Schuldebremse. Deshalb kennzeichnen Managementmethoden (wie Kostenstabilisierung, Effektivierung, Standardisierung, Benchmarking, Controlling, Einführung von Key Performance Indicators) die Senatspolitik auch in diesem Ressort.

Der neue Senat will zudem den Personalbestand im Öffentlichen Dienst jährlich um 250 Vollzeitkräfte reduzieren, die Arbeitsbelastungen werden weiter verdichtet.

Das ist beschämend, dafür muss man sich aber nicht fremdschämen.

Die Grünen sind wie die SPD in der »Mitte der Gesellschaft« angekommen.

Das Petersilienbegleitgrün ist bereits verwelkt, bevor es die Gaben des SPD-Bildungssenators schmücken konnte.

STEFAN ROMEY  
ReBBZ Mitte,  
Schule Probenweg